

V1 A26 Ost stoppen - Moore schützen!

Antragsteller*in: Annika Kruse

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Inhaltliche Anträge

Antragstext

Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert einen endgültigen Stopp der Planungen und des Baus der A26 Ost. Statt einer neuen Autobahn zwischen A7 und A1 braucht Hamburg eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik, die bestehende Infrastruktur sinnvoll nutzt und das Klima und die Natur schützt.

Wir fordern:

1. Den endgültigen Stopp der A26 Ost: Der Hamburger Senat und die Bundesregierung sollen die Planungen für die A26 Ost beenden und auf die Realisierung des Autobahnneubaus verzichten.
2. Den dauerhaften Schutz der Moor- und Biotopflächen in Moorburg: Die betroffenen Flächen müssen als wertvolle Lebensräume und natürliche Kohlenstoffspeicher erhalten bleiben. Ihre Entwässerung, Zerschneidung und Zerstörung durch Straßenbauprojekte muss verhindert werden.
3. Eine Neuausrichtung der vorgesehenen Investitionen: Die für die A26 Ost eingeplanten Bundesmittel sollen stattdessen für den Ausbau nachhaltiger Mobilität eingesetzt werden.
4. Zukunftsweisende Infrastrukturplanung: Klimafolgen, Naturschäden und die langfristigen Kosten müssen bei Entscheidungen über Verkehrsinfrastruktur an erster Stelle berücksichtigt werden.

Begründung

Mit der A26 Ost soll auf rund zehn Kilometern eine neue Autobahn durch den Hamburger Süden entstehen, die die A7 mit der A1 verbindet. Das Projekt ist seit Jahren wegen seiner Auswirkungen auf Klima, Natur und Umwelt umstritten.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. Oktober 2025 hat grundlegende Mängel in der bisherigen Planung offengelegt. Das Gericht erklärte den Planfeststellungsbeschluss für den ersten Bauabschnitt für rechtswidrig und nicht vollziehbar, weil unter anderem die Auswirkungen unterschiedlicher Trassenvarianten auf den Klimaschutz nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Der Beschluss wurde damit nicht endgültig aufgehoben, allerdings konnte der Bau auf dieser Grundlage nicht fortgesetzt werden.

Besonders problematisch an dem Projekt sind die Eingriffe in die wertvollen Moorflächen bei Moorburg. Moore speichern über lange Zeiträume große Mengen Kohlenstoff und sind zugleich wichtige Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Durch Entwässerung und Zerstörung können gespeicherte Treibhausgase freigesetzt werden. Die geplante Vorzugstrasse würde mehr als 20 Hektar wertvolle Moor- und Torfböden beanspruchen.

Auch finanziell wirft das Projekt erhebliche Missstände auf. Nach aktuellen Schätzungen belaufen sich die Gesamtkosten auf knapp 2,6 Milliarden Euro. Das sind finanzielle Mittel, die für die Verkehrswende dringend nötig wären.

BUND und NABU Hamburg haben im Oktober 2026 erneut darauf hingewiesen, dass der Hamburger Hafen zwar eine leistungsfähige Ost-West-Verbindung benötigt, lehnen aber ab, dass eine zusätzliche Autobahn durch ökologisch wertvolle Gebiete gebaut wird. Sie schlagen insbesondere vor, die bestehende Haupthafenroute einschließlich der Köhlbrandquerung weiterzuentwickeln.

Hamburg steht vor der Aufgabe, seine Verkehrsinfrastruktur weiterzuentwickeln und gleichzeitig die eigenen Klimaschutzziele einzuhalten. Der Erhalt der Natur und der Schutz unseres Klimas müssen bei der Planung an erster Stelle stehen.

V2 Mieten runter, Deckel drauf.

Antragsteller*in: Magnus Amon Richter
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Inhaltliche Anträge

Antragstext

Wohnen ist ein Menschenrecht. Trotzdem wird ein sicheres Zuhause für immer mehr Menschen unbezahlbar, während Immobilienkonzerne an unserer Wohnungsnot verdienen. Wir müssen diese Profitlogik überwinden, große Wohnungskonzerne vergesellschaften und Wohnraum demokratisch nach den Bedürfnissen der Menschen verteilen. Vor allem in Hamburg, wo mit knapp 80% aller Einwohner*innen deutlich mehr Menschen zur Miete wohnen, als in anderen Bundesländern, sind diese Schritte von besonders hoher Bedeutung.

Doch bis dahin können Menschen nicht darauf warten, dass ihre Miete irgendwann bezahlbar wird. Wir brauchen eine Politik, die nicht nur weitere Mieterhöhungen begrenzt, sondern bestehende Mieten tatsächlich senkt.

Mietendeckel jetzt!

Die bisherige Mietpreisbremse reicht nicht aus. Sie lässt zahlreiche Ausnahmen zu und verhindert weder steigende Bestandsmieten noch überhöhte Neuvertragsmieten. Zudem müssen Betroffene ihre Rechte häufig selbst gegenüber Vermieter*innen durchsetzen.

Die GRÜNE JUGEND Hamburg schließt sich deshalb den Forderungen der bundesweiten Initiative „Mietendeckel jetzt!“ an:

1. Sechs Jahre Mietenstopp! Mieterhöhungen müssen bundesweit für sechs Jahre verboten werden.
2. Klare Obergrenzen bei Neuvermietungen! Die zulässige Miete muss sich an der tatsächlichen Durchschnittsmiete und der jeweiligen Wohnungsmarktlage orientieren.
3. Überhöhte Mieten senken! Bereits bestehende überteuerte Mieten müssen auf die echte Durchschnittsmiete abgesenkt werden. Dafür müssen auch günstige, langjährig bestehende Mietverträge berücksichtigt werden.

Der Mietendeckel muss staatlich kontrolliert und durchgesetzt werden, statt Mieter*innen mit dem Kampf gegen überhöhte Mieten alleinzulassen. Schlupflöcher bei möblierten Wohnungen müssen geschlossen und Index- und Staffelmieten abgeschafft werden.

Hamburg muss schon heute handeln!

Ein bundesweiter Mietendeckel muss durch den Bund geschaffen werden. Doch Hamburg kann bereits jetzt Menschen entlasten.

- 33 Mit der SAGA verfügt die Stadt über einen großen öffentlichen Wohnungsbestand.
34 Wir fordern einen Mietenstopp bei der SAGA und eine Abkehr von der
35 Gewinnerzielungsorientierung.
36 Außerdem müssen öffentlich geförderte Wohnungen dauerhaft bezahlbar sein. Wir
37 fordern unbefristete soziale Mietpreis- und Belegungsbindungen, damit
38 Sozialwohnungen auch Sozialwohnungen bleiben.

39 **Gemeinsam den Mietendeckel erkämpfen!**

- 40 Die GRÜNE JUGEND hat sich bereits bundesweit der Kampagne „Mietendeckel jetzt!“
41 angeschlossen. Wir müssen diesen Kampf auch in Hamburg stärken.
42 Deshalb wird der Landesvorstand beauftragt, die Zusammenarbeit mit der Kampagne
43 auszubauen, sie zu unterstützen und die Forderungen öffentlich voranzubringen.
44 Der Hamburger Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für einen wirksamen
45 Mietendeckel einzusetzen.
46 Der Mietendeckel ist für uns ein erster Schritt, nicht das Ende. Wir müssen
47 nicht nur die schlimmsten Folgen eines ungerechten Wohnungsmarktes abfedern,
48 sondern die Macht der Immobilienhaie brechen und Wohnraum dauerhaft der
49 Profitlogik entziehen.

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Hamburg hat sich bereits in mehreren Beschlüssen für einen bundesweiten Mietendeckel, die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne und eine Wohnungspolitik jenseits der Profitlogik ausgesprochen. Auch auf Bundesebene wurde die Unterstützung der Initiative „Mietendeckel jetzt!“ bereits beschlossen.

Mit diesem Antrag soll die bestehende Beschlusslage konkretisiert und die Kampagne auch in Hamburg gezielt gestärkt werden.

Gleichzeitig soll der Antrag deutlich machen, dass Hamburg mit der SAGA bereits heute Handlungsmöglichkeiten hat, um Menschen unmittelbar zu entlasten und öffentlichen Wohnraum dauerhaft bezahlbar zu halten.

V3 Wir waren immer hier. Wir sind hier. Wir bleiben hier! – Queeres Leben schützen und stärken

Gremium: Geschlechterstrategieteam der GJ Hamburg
Beschlussdatum: 23.10.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Der Anschlag auf den Berliner CSD am 25. Juli 2026 war ein einschneidendes
2 Erlebnis für die queere Community. Queere Menschen brauchen deutlich bessere
3 Sicherheitsmaßnahmen: CSDs müssen politische Versammlungen bleiben, um weiterhin
4 Schutz zu erfahren, Gesetze zum Schutz vor Gewalt müssen verschärft werden, um
5 queeren Menschen auch rechtlichen Schutz einzuräumen und Anzeigen
6 queerfeindlicher Taten zu erleichtern. Außerdem braucht es deutlich mehr
7 Aufklärung und Beratungsstellen.

8 Es braucht besseren Schutz durch die Polizei, nicht einfach mehr Polizei. Die
9 Polizei sollte die Bevölkerung schützen, geht aber viel zu oft selbst
10 gewalttätig vor. Solange sie sexistisch, rassistisch und transfeindlich agiert
11 und Menschen marginalisierter Gruppen häufig unter Polizeigewalt leiden, wollen
12 wir nicht mehr Polizei. Wir fordern Fortbildung, Aufarbeitung der Fälle,
13 Umstrukturierung und Antidiskriminierungsstellen innerhalb der Polizei, die an
14 den LSBTIAQ*-Beauftragten der Polizei anknüpfen.

15 Dass Transfeindlichkeit im Zuge des Rechtsrucks immer weiter zunimmt, ist nicht
16 Neues. Im Casa Kuà in Berlin kam es nun jedoch zu einer neuen Eskalation. Nach
17 Schilderungen des Casa Kuà drangen am 18. Oktober 2026 Polizeibeamt*innen des
18 LKA gewaltsam in „The Dolls“ ein, ein wöchentliches Treffen ausschließlich für
19 transfeminine Personen. Sie stellten die Personalien aller Anwesenden fest,
20 hielten sie bis zu vier Stunden fest, durchsuchten Räume und persönliche
21 Gegenstände, brachen Schließfächer auf und beschlagnahmten mehrere Kisten.
22 Anlass sind Ermittlungen wegen des Vorwurfs, verschreibungspflichtige
23 Medikamente ohne Erlaubnis unentgeltlich an Dritte abgegeben zu haben. Dieses
24 Eindringen in einen vermeintlichen Schutzraum für BIPoC trans*, transfeminine
25 und genderqueere Personen durch die Staatsgewalt ist durch nichts zu
26 rechtfertigen. Unsere Solidarität gilt dem Casa Kuà und allen Betroffenen dieser
27 unglaublich invasiven Aktion. Die Polizei hat in selbstorganisierten
28 Schutzräumen der Community nichts zu suchen!

29 Am 20. September 2026 haben wir als GRÜNE JUGEND Hamburg gemeinsam mit den Jusos
30 Hamburg am Jungfernstieg zum Gegenprotest gegen eine Kundgebung des Vereins
31 „Frauenheldinnen e. V.“ aufgerufen, der gegen die Gesundheitsversorgung von
32 trans* Menschen und trans* Jugendlichen mobilisiert. Mehrere Hundert Menschen
33 kamen zu unserer Gegendemo, zur Kundgebung nur etwa 25. Auch hier schützte die
34 Polizei queere Menschen nicht verlässlich: Sie war nur bei der Kundgebung der
35 Frauenheldinnen präsent. Teilnehmende unserer Demo wurden verbal angegriffen und
36 körperlich eingeschüchtert und auch nach Aufforderung kam die Polizei nicht zu
37 uns. Die Gegendemo hat gezeigt: In Hamburg ist kein Platz für
38 Transfeindlichkeit, die Community steht zusammen und wir sind laut!

39 Diese Fälle stehen für einen Trend in ganz Deutschland. Laut Statista stieg die
40 Zahl registrierter queerfeindlicher Straftaten von ca. 782 im Jahr 2020 auf fast
41 3.400 im Jahr 2025. Das belegt mangelnde Schutzmaßnahmen. Laut Verfassungsschutz

nehmen durch den Rechtsruck Ablehnung und Diskriminierung gegen queere Menschen deutlich zu. Von der Bundesregierung kommen dazu nur leere Worte und finanzielle Kürzungen. Selbst in seiner Rede beim Gedenkgottesdienst zum Anschlag auf den Berliner CSD sprach Kanzler Merz die queere Community mit „Meine Damen und Herren“ an und ließ damit alle trans*, inter*, nichtbinären, agender und genderqueeren Personen außen vor. Eine Rede an die queere Community darf so nicht beginnen! Um Vorfälle wie den Anschlag auf den Berliner CSD 2026 zu verhindern, braucht es mehr Unterstützung und Schutz statt queerfeindlichen Regierungshandelns.

Keine Sonderregister

Statt queere Menschen zu schützen, entstehen neue Instrumente der Erfassung: Sonderregister für trans*, inter*, nichtbinäre und agender Personen (TINA*). Die Innenministerkonferenz unter dem Vorsitz des Hamburger Innensenators Andy Grote hat beschlossen, dass Felder für ehemaliges Geschlecht und ehemaligen Vornamen im Melderegister geführt und von den Ländern genutzt werden können. Auch in Hamburg gab es im Sommer einen ersten Versuch, dies per Senatsbeschluss in der Sommerpause am Parlament vorbei durchzusetzen, angeblich zur „Verwaltungseffizienz“. In der Praxis machen diese Felder TINA*-Personen identifizierbar und angreifbar. Sie bedeuten ein Zwangsouting in der Verwaltung, widersprechen dem Offenbarungsverbot und ermöglichen über das Filtern der Meldedaten die Erstellung von Listen.

TINA*-Personen brauchen Schutz, keine Listen zur Verfolgung. Wir verweisen auf die Beschlusslage der GRÜNEN JUGEND Hamburg „Keine Rosa Listen 2.0!“ vom 18.10.2025 und bekräftigen ihre Forderungen: nicht unter Rot-Grün in Hamburg, nicht unter Grün-Schwarz in Baden-Württemberg und in keinem anderen Bundesland.

Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert ergänzend:

- Hamburg führt keine Sonderregister für TINA*-Personen ein und nutzt die Felder für ehemaliges Geschlecht und ehemaligen Vornamen im Melderegister nicht.
- Bündnis 90/Die Grünen wird aufgefordert, alle Parlamentarier*innen an die Parteigrundsätze zu erinnern und deutlich zu machen, dass diese nicht mit einem Sonderregister oder einer Sonderkennzeichnung vereinbar sind.

Gleichheit ins Grundgesetz

Queere Menschen brauchen Gesetze, die sie schützen, statt Gesetze, die de facto politische Verfolgung ermöglichen. Das Grundgesetz ist aus den Schrecken des Nationalsozialismus entstanden, schützt aber nicht alle damals verfolgten Gruppen vor Diskriminierung. Der Schutz vor Diskriminierung ist keine

79 Verhandlungsmasse für wechselnde Mehrheiten, sondern ein Grundrecht. Die GRÜNE
80 JUGEND Hamburg fordert deshalb:

- 81 • die Ergänzung von Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 GG um die Merkmale der sexuellen
82 Orientierung sowie der sexuellen und geschlechtlichen Identität
- 83 • dass der Hamburger Senat im Bundesrat konsequent für diese
84 Verfassungsänderung stimmt und sich nicht hinter Koalitionsfrieden oder
85 Verfahrensfragen versteckt
- 86 • dass CDU/CSU und SPD im Bundestag den vom Bundesrat beschlossenen
87 Gesetzentwurf nicht länger im Ausschuss verschleppen, sondern zügig
88 beraten und zustimmen
- 89 • dass Hamburg die Kampagne für die Grundgesetzänderung sichtbar unterstützt

90 Queeres Leben in Hamburg schützen

91 Der Hamburger Senat soll im Bundesrat und in Hamburg vorangehen, denn queeres
92 Leben in Hamburg ist bedroht. Beratungsstellen dürfen nicht immer wieder um
93 ihren Fortbestand bangen müssen. Es ist Zeit für finanzielle Beständigkeit und
94 langfristige Planbarkeit!

95 Bei gender affirming health care bestehen Versorgungslücken, die Wartezeiten
96 sind unzumutbar. Für viele TINA*-Personen, die eine Transition anstreben, führt
97 das zu einer massiven Verschlechterung der mentalen Gesundheit bis hin zum
98 Suizid. Selbstorganisierte Versorgung entsteht dort, wo das System versagt. Die
99 Antwort darauf ist nicht Kriminalisierung und Schikanierung, sondern das
100 Schließen der Versorgungslücken.

101 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert:

- 102 • die langfristige Sicherung der Finanzierung der Hamburger Beratungsstellen
103 wie Magnus-Hirschfeld-Centrum, 4Be TransSuchtHilfe, Aidshilfe Hamburg e.
104 V., dolle deerns* e. V. und JungLesben*Zentrum
- 105 • einen eigenen Topf für Selbstorganisationen queerer Menschen mit
106 Rassismuserfahrungen, queerer Geflüchteter und queerer Menschen mit
107 Behinderung
- 108 • das Schließen der Versorgungslücken bei gender affirming health care, mit
109 einem Zugang, der nicht vom Geldbeutel abhängt

110 Der bundesweite Aktionsplan „Queer leben“ wurde Anfang 2026 für beendet erklärt.
111 Das ist ein Skandal! Der Hamburger Aktionsplan „Hamburg l(i)ebt vielfältig“ soll
112 hingegen erneut fortgeschrieben werden. Dafür fordern wir:

- 113 • dass das im Koalitionsvertrag verankerte Landesantidiskriminierungsgesetz
114 endlich 2027 kommt
- 115 • dass der Aktionsplan durchgehend intersektional gedacht wird, statt
116 Intersektionalität in einem Exkurs abzuhandeln, insbesondere mit Blick auf

queere Menschen mit Rassismuserfahrungen, queere Menschen mit Behinderung und Armut im Kontext von Queerness

- dass die Pathologisierung intergeschlechtlicher Personen endet, mit einer unabhängigen Pflichtberatung durch Peer-Beratung für Eltern von inter* Kindern vor jeder medizinisch nicht notwendigen Operation und dem Ausbau von Angeboten wie der 4Be InterHilfe

- dass die Begriffsdefinitionen im Aktionsplan aktualisiert werden. Die Begriffsdefinitionen im Aktionsplan sind die Grundlage für die Maßnahmen des Plans, auf dieser Basis wird also auch über mögliche Förderungen entschieden. Hier müssen einige Definitionen, unter anderem die Definition von Bi+Sexualität aktualisiert werden.

- dass Schutzmaßnahmen gegen queerfeindliche Übergriffe angesichts der veränderten Bedrohungslage evaluiert und verbessert werden.

- dass die Freie und Hansestadt Hamburg, als große Arbeitgeberin der Stadt, gezielt TINA*-Personen als Beschäftigte gewinnt und fördert. Mitarbeitende in unseren Behörden haben täglich in vielen Verfahren mit TINA*-Personen zu tun, etwa bei der Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG). Deshalb muss sie gezielt TINA*-Personen als Beschäftigte gewinnen und fördern. So wird sichergestellt, dass TINA*-Personen in der Verwaltung auf kompetente, sensibilisierte Ansprechpersonen treffen, idealerweise auf solche mit eigener Erfahrung. Hier kann an das geplante LSBTIAQ*-Mitarbeitendennetzwerk in der FHH angeknüpft werden.

Wir gehen nirgendwo hin!

Karin Prien und ihr Ministerium hat Lambda, dem größten deutschlandweiten Jugenddachverband für Queers, die Förderung gestrichen, viele wichtige Stellen können nicht weiterfinanziert werden. Wir lassen uns nicht verkürzen!

Hamburg muss das Budget für queere Projekte im Haushalt fest verankern, erst recht, wenn der Bund dieser Pflicht nicht nachkommt. Queere Räume sind keine netten Freizeitangebote, sondern überlebenswichtig und dürfen in den Haushaltsverhandlungen niemals Verhandlungsmasse sein. Hände weg von unseren Communities!

Begründung

Antrag in einfacher Sprache.

Erstellt mit <https://barrierefreies.design/werkzeuge/ki-uebersetzer-in-leichte-sprache>

Titel: Wir waren immer hier. Wir sind hier. Wir bleiben hier! – Queeres Leben schützen und stärken

Der Anschlag auf den Berliner CSD war am 25. Juli 2026.

Er war schlimm für queere Menschen.

Queere Menschen brauchen mehr Schutz.

Schutz für queere Menschen

CSDs müssen politische Versammlungen bleiben.

So haben queere Menschen Schutz.

Gesetze gegen Gewalt müssen stärker werden.

Das hilft queeren Menschen bei Anzeigen.

Es braucht mehr Aufklärung und Beratungsstellen.

Polizei und Schutz

Queere Menschen brauchen besseren Schutz durch die Polizei.

Sie brauchen nicht mehr Polizei.

Die Polizei soll die Menschen schützen.

Aber oft ist die Polizei selbst gewalttätig.

Die Polizei ist oft sexistisch, rassistisch und transfeindlich.

Viele Menschen leiden unter Polizeigewalt.

Wir wollen nicht einfach mehr Polizei.

Wir fordern bessere Polizei

Wir fordern Fortbildung für die Polizei.

Die Polizei soll sich ändern.

Es soll Antidiskriminierungsstellen geben.

Vorfall im Casa Kuà

Am 18. Oktober 2026 gab es einen Vorfall im der Einrichtung Casa Kuà in Berlin.

Die Polizei drang gewaltsam in das Treffen „The Dolls“ ein.

Das ist ein Treffen für transfeminine Personen.

Die Polizei hielt alle bis zu 4 Stunden fest.

Sie durchsuchte Räume und persönliche Sachen.

Die Polizei brach Schließfächer auf.

Sie nahm mehrere Kisten mit.

Der Vorwurf ist, dass Medikamente ohne Erlaubnis gegeben wurden.

Das war ein Schutzraum für BIPOC trans*, transfeminine und genderqueere Personen.

Die Polizei hat dort nichts zu suchen.

Wir sind solidarisch mit dem Casa Kuà und den Betroffenen.

Diese Aktion war sehr invasiv.

Das es solche Aktion gibt, ist gefährlich.

Protest in Hamburg

Am 20. September 2026 gab es einen Gegenprotest in Hamburg.

Die GRÜNE JUGEND und die Jusos riefen dazu auf.

Sie protestierten gegen eine Kundgebung von „Frauenheldinnen e.V.“

Der Verein ist gegen die Gesundheits-Versorgung von trans* Menschen.

Mehrere Hundert Menschen kamen zum Gegenprotest.

Zur Kundgebung kamen nur etwa 25 Menschen.

Die Polizei schützte queere Menschen nicht gut.

Sie war nur bei der Kundgebung der Frauenheldinnen da.

Teilnehmende der Demo wurden verbal und körperlich angegriffen.

Die Polizei half nicht, obwohl sie darum gebeten wurde.

Die Gegendemo zeigte: In Hamburg ist kein Platz für Transfeindlichkeit.

Die Community steht zusammen und ist laut.

Zahlen und Politik

Die Fälle zeigen einen Trend in Deutschland.

Die Zahl queerfeindlicher Straftaten stieg von 782 im Jahr 2020 auf fast 3.400 im Jahr 2025.

Das zeigt, dass der Schutz fehlt.

Der Verfassungsschutz sagt, dass Ablehnung gegen queere Menschen steigt.

Die Bundesregierung sagt wenig und kürzt Geld.

Kanzler Merz sprach bei einem Gedenkgottesdienst zum Anschlag auf den Berliner CSD.

Er sagte „Meine Damen und Herren“.

Er sprach nicht alle queeren Menschen an.

So darf man die queere Community nicht ansprechen.

Wir brauchen mehr Schutz und Unterstützung.

Wir brauchen kein queerfeindliches Regierungshandeln.

So werden Anschläge und Angriffe wie oben beschrieben nicht verhindert.

Absatzüberschrift: Keine Sonderregister

Es gibt trans*, inter*, nichtbinäre und agender Personen.

Kurz werden diese Menschen als TINA*-Personen bezeichnet.

Diese Personen haben bei der Geburt ein Geschlecht zugeordnet bekommen, das nicht passt.

Mit dem Selbstbestimmungsgesetz können diese Menschen ihren Namen und Geschlechtseintrag ändern.

Entscheidung der Innenministerkonferenz

Die Innenminister der aller Bundesländer haben nun eine große Entscheidung getroffen.

Im Melderegister soll es nun neue Daten erfasst werden.

Das Melderegister ist eine Liste mit Daten von allen Menschen.

Im Melderegister sollen nun der „alte Vorname“ und das „alte Geschlecht“ eingetragen werden.

Die Daten machen die TINA*-Personen sichtbar und angreifbar.

Die Bundesländer können jetzt die Felder im Melderegister einführen.

In Hamburg gab es einen Versuch, das heimlich zu machen.

Das ist in einer Koalition nicht in Ordnung.

Gefahr für TINA*-Personen

Die Felder machen TINA*-Personen angreifbar.

Sie verletzen das Gesetz zum Schutz der Daten.

Menschen in Behörden können dann immer sehen, dass eine Person trans* ist.

Das nennt man Zwangsouting.

Zwangsouting heißt, dass Menschen gegen ihren Willen sichtbar werden.

Man kann die Listen filtern und Listen mit Namen machen.

TINA*-Personen brauchen Schutz und keine Listen zur Verfolgung.

Forderungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg

Die GRÜNE JUGEND Hamburg sagt: Keine neuen Listen für TINA*-Personen.

Hamburg soll die alten Daten nicht im Melderegister nutzen.

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen soll ihre Politiker*innen an die Regeln erinnern.

Die Regeln sagen: Keine Verfolgung, also keine Sonderlisten oder Sonderzeichen für TINA*-Personen.

Absatzüberschrift: Gleichheit ins Grundgesetz

Queere Menschen brauchen Schutz durch Gesetze.
Gesetze sollen keine politische Verfolgung erlauben.

Das Grundgesetz entstand nach dem Nationalsozialismus.
Im Grundgesetz steht: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
Es schützt aber nicht alle Gruppen vor Diskriminierung.
Schutz vor Diskriminierung ist ein Grundrecht.
Er darf nicht von Mehrheiten abhängen.

Forderungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg

Artikel 3 im Grundgesetz soll ergänzt werden.
Er soll sexuelle Orientierung und Identität schützen.

Der Hamburger Senat soll im Bundesrat für die Änderung stimmen.
Er soll sich nicht hinter Koalitionsfrieden verstecken.

CDU, CSU und SPD sollen den Gesetzentwurf im Bundestag schnell beraten.
Sie sollen dem Gesetzentwurf zustimmen.

Hamburg soll die Kampagne für die Grundgesetzänderung unterstützen.
Die Unterstützung soll sichtbar sein.

Absatzüberschrift: Queeres Leben in Hamburg schützen

Der Hamburger Senat soll queeren Menschen helfen.
Queeres Leben in Hamburg ist bedroht.
Beratungsstellen brauchen Geld und Sicherheit.

Beratungsstellen sichern
Beratungsstellen dürfen nicht schließen.
Sie brauchen Geld für lange Zeit.
Das ist wichtig für die Menschen in Hamburg.

Gesundheit für TINA*-Personen
TINA* bedeutet trans, inter, nicht-binär und agender.
Vielen TINA*-Personen geht es nicht gut.
Diese Menschen brauchen Hilfe.
Viele TINA*-Personen warten lange auf Hilfe.
Das macht sie sehr traurig und krank.
Die mentale Gesundheit leidet sehr in dieser Zeit.
Manche denken an Suizid.
Das System hilft nicht genug.
Selbsthilfe ist wichtig, aber nicht genug.

Menschen dürfen nicht bestraft werden, weil sie trans* sind.
Die Lücken im Hilfesystem müssen geschlossen werden.

Forderungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg

Beratungsstellen in Hamburg sollen mehr Geld bekommen.
Dieses Geld soll über viele Jahre sicher bezahlt werden.

Sie will Geld für Gruppen von queeren Menschen mit Rassismus, Flucht oder Behinderung.

Die Hilfe für TINA*-Personen soll besser werden.

Alle sollen die Hilfe bekommen, auch wenn sie wenig Geld haben.

Alle sollen die Hilfe bekommen, auch wenn sie Diskriminierung erleben.

Aktionspläne zu Queerem Leben

Der Aktionsplan Queer leben auf Bundesebene endet 2026.

Das ist ein Skandal.

Der Hamburger Aktionsplan "Hamburg l(i)ebt vielfältig" wird weitergehen.

Wir fordern dafür wichtige Dinge.

Gesetz gegen Diskriminierung

Das Landes-Antidiskriminierungs-Gesetz soll 2027 kommen.

Es steht im Koalitions-Vertrag.

Es muss jetzt endlich umgesetzt werden.

Intersektionalität im Plan

Der Plan soll alle betroffenen Menschen mitdenken.

Besonders queere Menschen mit Rassismuserfahrung, Behinderung und wenig Geld.

Intersektionalität darf kein Extra-Thema sein.

Hilfe für intergeschlechtliche Menschen

Die Krankheitserklärung für intergeschlechtliche Menschen soll enden.

Eltern von inter* Kindern bekommen Beratung vor Operationen.

Die Beratung machen Menschen mit eigener Erfahrung.

Angebote wie 4Be InterHilfe sollen wachsen.

Begriffe im Plan aktualisieren

Die Begriffe im Plan sind wichtig für die Arbeit.

Sie bestimmen, wer Geld bekommt.

Einige Definitionen müssen neu geschrieben werden.

Die Definition von Bi+Sexualität soll neu gemacht werden.

Schutz vor queerfeindlichen Angriffen

Schutz-Maßnahmen sollen geprüft und besser werden.

Die Gefahr für queere Menschen hat sich verändert.

TINA*-Personen in den Behörden

Die Stadt Hamburg soll mehr TINA*-Personen als Mitarbeitende einstellen.

Diese Menschen brauchen gute Ansprechpersonen in der Stadtverwaltung.

Das kann zu einem sensiblen Umgang führen.

Es soll ein Netzwerk für queere Mitarbeitende geben.

Absatzüberschrift: Wir gehen nirgendwo hin!

Karin Prien und ihr Ministerium haben die Förderung von Lambda gestoppt.

Lambda ist der größte Jugend-Dach-Verband für Queers in Deutschland.

Viele wichtige Stellen können nicht weiter bezahlt werden.

Förderung für queere Projekte

Hamburg muss Geld für queere Projekte fest einplanen.

Der Bund macht das nicht.

Queere Räume sind wichtig zum Leben.

Sie sind keine einfachen Freizeit-Angebote.
Sie dürfen bei Geld-Verhandlungen nicht wegfallen.
Wir sagen: Hände weg von unseren Communities!

V4 My Body, my Choice

Gremium: Geschlechterstrategieteam der GJ Hamburg
Beschlussdatum: 23.10.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 „My Body, my Choice“ ist ein Slogan der feministischen Kämpfe um körperliche
2 Selbstbestimmung und reproduktive Rechte, der seit den 1970ern auf der Straße zu
3 hören ist. In der Bundesrepublik gingen Frauen unter der Parole „Mein Bauch
4 gehört mir“ gegen den § 218 StGB auf die Straße. Bis heute steht der Slogan
5 weltweit für den Kampf gegen die Kontrolle über Schwangerschaft und reproduktive
6 Entscheidungen.

7 Doch reproduktive Selbstbestimmung umfasst mehr als Schwangerschaftsabbrüche:
8 Menschen mit Uterus, darunter auch trans* Männer, nichtbinäre, inter* und
9 agender Menschen, können schwanger werden, erhalten aber unterschiedlich gute
10 medizinische Begleitung. Menschen mit Behinderung erleben Einschränkungen ihrer
11 reproduktiven Rechte bis hin zu Zwangssterilisationen. Sexarbeiter*innen werden
12 stigmatisiert und kriminalisiert, Schwarze Menschen und People of Color erleben
13 rassistische Barrieren im Gesundheitssystem und Leih Schwangere sind häufig
14 ökonomischer Abhängigkeit ausgesetzt.

15 Als Antwort darauf entwickelten Schwarze Feminist*innen das Konzept der
16 reproduktiven Gerechtigkeit. Es umfasst das Recht, Kinder zu bekommen, keine
17 Kinder zu bekommen sowie Kinder in sicheren, selbstbestimmten und materiell
18 abgesicherten Verhältnissen großzuziehen. Die Juristin Kimberlé Crenshaw
19 beschreibt mit Intersektionalität, wie verschiedene Formen von Diskriminierung –
20 etwa Rassismus, Sexismus, Klassismus und Ableismus – ineinandergreifen. Wir
21 verstehen „My Body, my Choice“ intersektional: Körperliche Selbstbestimmung geht
22 über reproduktive Rechte hinaus. Sie hängt nicht nur von individuellen
23 Entscheidungen ab, sondern auch davon, ob Menschen rassistischer, sexistischer,
24 klassenbezogener, behinderungsbezogener oder anderer Diskriminierung ausgesetzt
25 sind und ob ihnen ausreichend Rechte, Ressourcen und medizinische Versorgung zur
26 Verfügung stehen.

27 Machtverhältnisse, die diese Selbstbestimmung beeinflussen, fußen auf einem
28 zusammenhängenden Gefüge aus Staat, Kapitalismus, Patriarchat, Medizin und
29 Moral. Sie erfüllen unterschiedliche Funktionen, greifen ineinander und
30 verstärken sich häufig gegenseitig.

31 Der Staat reguliert durch Gesetze Schwangerschaftsabbrüche, Familiengründung und
32 geschlechtliche Selbstbestimmung. Patriarchale Normen weisen Frauen
33 Schwangerschaft und Sorgearbeit zu und privilegieren cis endo Männer sowie die
34 heteronormative Kleinfamilie. Der Kapitalismus profitiert von unbezahlter
35 Reproduktionsarbeit, oft in prekären Verhältnissen und macht reproduktive
36 Möglichkeiten teilweise vom Einkommen abhängig. Medizin kann dringend notwendige
37 Versorgung ermöglichen, aber auch Körper pathologisieren und normieren.
38 Moralische Vorstellungen von „natürlicher“ Mutterschaft, „reiner“ Sexualität und
39 der „richtigen“ Familie, die als gesellschaftlicher Konsens erscheinen,
40 legitimieren scheinbar Ausgrenzung und Zwang.

41 Diese Verhältnisse treffen Menschen je nach Geschlecht, Klasse, Behinderung,
42 Rassismus, Antisemitismus und weiteren Diskriminierungsverhältnissen
43 unterschiedlich. Wir stehen an der Seite von FLINTA*s, Arbeiter*innen,
44 Betroffenen und Selbstorganisierten gegen Bevormundung und Ausgrenzung. Unser
45 Ziel ist eine Gesellschaft, in der Sorge und Reproduktion nicht der
46 kapitalistischen Verwertungslogik unterliegen und niemand sich Familie,
47 Transition oder körperliche Selbstbestimmung erst leisten können muss.

48 Reproduktive Gerechtigkeit für alle

49 Reproduktive Rechte hängen weiterhin von Einkommen, Familienstand,
50 Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung und Behinderung ab.

51 Während die gesetzlichen Krankenkassen verheiratete cis-hetero Paare bei
52 Kinderwunschbehandlungen teilweise finanziell unterstützen, werden queere Paare,
53 alleinstehende Menschen sowie trans*, inter*, nichtbinäre und agender Personen
54 mit Kinderwunsch nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen berücksichtigt.
55 Menschen mit Behinderung erleben bis heute Zwangssterilisationen und faktisch
56 erzwungene Sterilisationen.

57 Schwangerschaftsabbrüche sind auch 2026 noch nicht als reguläre
58 Gesundheitsleistung anerkannt. Schwangerschaftsabbrüche stehen weiter im
59 Strafgesetzbuch (§ 218) und sind nur unter bestimmten Bedingungen straffrei. Die
60 Rechtswidrigkeit entfällt jedoch auch bei Erfüllung dieser Bedingungen nicht.
61 Damit bringt der Gesetzgeber zum Ausdruck, dass ein Verstoß gegen die
62 Rechtsordnung vorliegt, es sei denn, die Schwangerschaft soll aufgrund einer
63 Vergewaltigung oder Gefahren für Leben oder Gesundheit der Schwangeren
64 abgebrochen werden. Krankenkassen müssen den Eingriff somit aufgrund der
65 Rechtswidrigkeit nicht bezahlen und die Betroffenen müssen in diesen Fällen die
66 Kosten selbst tragen.

67 Diese Ungleichheiten privilegieren die heteronormative Kleinfamilie und
68 schränken die reproduktive Selbstbestimmung aller ein, die von diesem Ideal
69 abweichen. Reproduktive Rechte dürfen aber weder vom Einkommen noch von
70 Familienstand, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung oder Behinderung
71 abhängen!

72 Deshalb fordern wir:

- 73 1. Kostenlose Verhütung für alle: Verhütungsmittel müssen unabhängig vom
74 Alter kostenlos und diskriminierungsfrei zugänglich sein.
- 75 2. Kinderwunschbehandlungen gerecht finanzieren: Allen Menschen muss der
76 Zugang zu Kinderwunschbehandlungen ermöglicht werden und die Kosten müssen
77 unabhängig von Familienstand, Beziehungsform, sexueller Orientierung,
78 Geschlechtsidentität, Behinderung und Einkommen durch die Krankenkassen
79 übernommen werden.
- 80 3. Vor Zwangssterilisation schützen: Zwangssterilisationen und faktisch
81 erzwungene Sterilisationen müssen verboten und bekannte Fälle
82 aufgearbeitet werden. Menschen mit Behinderung muss durch bedarfsgerechte

Assistenz ein selbstbestimmtes Leben sowie selbstbestimmte Sexualität, Verhütung und Elternschaft ermöglicht werden.

4. Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren: Schwangerschaftsabbrüche müssen aus dem Strafgesetzbuch gestrichen und als reguläre Gesundheitsleistung durch die Krankenkassen finanziert werden. Die GRÜNEN im Bundestag und Bundesrat, einschließlich der GRÜNEN Hamburg, müssen sich dafür einsetzen.

5. Sichere Versorgung mit Schwangerschaftsabbrüchen: Schwangerschaftsabbrüche müssen verpflichtend in die medizinische Ausbildung aufgenommen werden. Eine wohnortnahe, flächendeckende Versorgung, auch in öffentlichen Kliniken, muss gewährleistet und für Betroffene zuverlässig erreichbar sein.

Schwangerschaft ist Arbeit

Reproduktionsarbeit umfasst Schwangerschaft, Geburt, Pflege, Haus- und Care-Arbeit sowie emotionale Fürsorge. Sie wird überwiegend von FLINTA* schlecht oder gar nicht bezahlt geleistet und oft an Migrant*innen ausgelagert. Die Trennung von Lohn- und Reproduktionsarbeit ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis des Kapitalismus.

Schwangerschaft ist körperliche Arbeit rund um die Uhr, ohne Pause, Urlaub oder Kündigungsmöglichkeit. Als „natürlich“ oder „aus Liebe“ gilt sie häufig als selbstverständlich und bleibt dadurch unsichtbar und unbezahlt.

Leihschwangerschaft bezeichnet das Austragen eines Kindes für andere. Bei der altruistischen Form werden schwangerschaftsbedingte Kosten erstattet, bei der kommerziellen wird die Schwangere bezahlt. Der Begriff Leihschwangerschaft, statt Leihmutterschaft, macht die Arbeit sichtbar und widerspricht der Vorstellung, biologische Verbindung begründe automatisch eine natürliche Mutterrolle. Kinder brauchen Fürsorge, ein liebevolles und sicheres Umfeld zum Aufwachsen sowie verlässliche Bezugspersonen, aber nicht zwingend eine genetische oder biologische Verbindung zu ihren Eltern.

In Deutschland sind Leihschwangerschaften durch das Embryonenschutzgesetz und das Abstammungsrecht weitgehend ausgeschlossen. Das Spenden von Eizellen ist verboten, Samenspenden hingegen sind erlaubt. Diese Ungleichbehandlung beschränkt die reproduktive Selbstbestimmung und privilegiert sowohl cis endo Männer als auch die biologisch begründete Kleinfamilie. Die öffentliche Debatte zu Leihschwangerschaften ist häufig moralisch aufgeladen und queerfeindlich: Das Bild zweier Väter und die Erzählung vom „gekauften Kind“ prägen sie. Fakt hingegen ist, dass Kinder aus Leihschwangerschaften häufiger in heterosexuellen Familien aufwachsen. Die Rede vom „gekauften Kind“ macht das Kind mit einer Ware, was nicht stimmt. Kein Kind wird gekauft oder verkauft. Vereinbart werden reproduktive Dienstleistungen und deren Bedingungen. Kinder sind zu jeder Zeit Rechtssubjekte mit eigenen Rechten und nie Eigentum ihrer Eltern oder der leiblichen Mutter.

Unter kapitalistischen Bedingungen können Leihschwangerschaften Ausbeutung und ökonomische Abhängigkeit verschärfen. Ein pauschales Verbot nimmt

Leihschwangeren Handlungsmöglichkeiten und Schutz, während reiche Menschen mit Kinderwunsch auf Angebote im Ausland ausweichen können. Menschen durch den Entzug ihrer Einkommensquelle schützen zu wollen, ist paternalistisch und rassistisch und folgt dem Muster des White Saviorism: Statt Betroffenen vorzuschreiben, was gut für sie sei, müssen ihre Rechte, Forderungen und Selbstorganisation im Mittelpunkt stehen.

Deshalb fordern wir:

1. Eizellspende legalisieren: Das Verbot zur Eizellspende muss aufgehoben werden. Die GRÜNEN im Bundestag und Bundesrat, einschließlich der GRÜNEN Hamburg, sind aufgefordert sich dafür einzusetzen.
2. Leihschwangerschaften rechtlich regeln statt pauschal verbieten: Es darf kein pauschales Verbot von Leihschwangerschaften oder der Nutzung entsprechender Angebote im Ausland geben. Vermittlungsagenturen und Kliniken gehören regulieren, die Rechte aller Beteiligten müssen gesichert, Vergütung den Leihschwangeren sicher zukommen gelassen und Betroffene sowie ihre Selbstvertretungen an der Gesetzgebung beteiligt werden.
3. Schwangerschaft als Arbeit absichern: Für alle Schwangeren müssen Arbeits- und Gesundheitsschutz, faire Vergütung, Absicherung bei Krankheit, Unfall und dauerhafter Arbeitsunfähigkeit, Hinterbliebenenversorgung, Altersvorsorge sowie Mitbestimmung und Selbstorganisation gewährleistet sein.
4. Körperliche Selbstbestimmung uneingeschränkt sichern: Weder Verträge noch Familienangehörige dürfen Schwangeren vorschreiben, ob sie eine Schwangerschaft abbrechen oder fortsetzen, welche medizinischen Eingriffe sie vornehmen lassen oder wie sie ihr Leben gestalten.
5. Gleiche Rechte für Kinder und Familien sichern: Das Abstammungsrecht muss endlich reformiert werden! Schluss mit der Behandlung queerer Familien als Familien zweiter Klasse. Auch Nachteile für Kinder aus Leihschwangerschaften müssen verhindert werden. Perspektivisch braucht es die Verantwortungsgemeinschaft jenseits von Ehe und genetischer Verwandtschaft.

Sexarbeit ist Arbeit: gegen Stigma und Kriminalisierung

„My Body, my choice“ schließt das Recht ein, selbstbestimmt sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt anzubieten. Sexarbeit wird häufig moralisch abgewertet und nur „aus Liebe“ akzeptiert.; Viel zu oft sprechen andere für Sexarbeiter*innen und wollen sie „retten“.

Wir unterscheiden klar zwischen selbstbestimmter Sexarbeit und Zwangsprostitution bzw. Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Zwang und Menschenhandel müssen konsequent verfolgt werden. Ihre Gleichsetzung mit Sexarbeit schadet Betroffenen, die Schutz und Aufenthaltssicherheit benötigen,

169 und schränkt zugleich die Rechte von Sexarbeiter*innen ein. Sexarbeit ist in
170 Deutschland legal aber nicht entkriminalisiert.

171 Die Sexarbeiterin, Aktivist*in und Autor*in Ruby Rebelde beschreibt in deren
172 Buch „Warum sie uns hassen“ Sexarbeiter*innenfeindlichkeit als Diskriminierung,
173 die auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen beruht und mit anderen
174 Diskriminierungs- und Unterdrückungsformen verwoben ist. Rebelde ordnet die
175 Erzählung von einer “Prostitutionslobby” als Reproduktion eines antisemitischen
176 Musters ein: Eine vermeintlich mächtige Gruppe wird für gesellschaftliche
177 Probleme verantwortlich gemacht, während strukturelle Ursachen wie Armut,
178 Migrationszwänge und Arbeitsbedingungen aus dem Blick geraten. Damit muss
179 Schluss sein. Wir stellen die Stimmen und Selbstorganisation von
180 Sexarbeiterinnen ins Zentrum.

181 Das nordische Modell bestraft den Kauf sexueller Dienstleistungen. In der Praxis
182 kann es Sexarbeiter*innen in riskantere, weniger geschützte Arbeitsbedingungen
183 drängen. Auch die WHO und Amnesty International sprechen sich für die
184 Entkriminalisierung einvernehmlicher Sexarbeit unter Erwachsenen aus, da
185 Kriminalisierung die Sicherheit und Rechte von Sexarbeiter*innen gefährden kann.
186 Das Prostituiertenschutzgesetz wurde 2017 trotz großen Widerstandes durch
187 Organisationen von Sexarbeiter*innen und Expert*innen für Sexualgesundheit
188 erlassen. Der Widerstand besteht weiterhin und das Gesetz wird unter anderem
189 wegen Anmeldepflicht mit Klarnamen, Pflichtberatung und Kondompflicht
190 kritisiert. Die Anmeldung kann ein unfreiwilliges Outing gegenüber Behörden und
191 dadurch Nachteile bei Arbeit, Wohnung oder Familie bedeuten. Außerdem
192 kriminalisiert die Anmeldepflicht alle, die sich nicht registrieren lassen
193 können oder wollen. Das Prostituiertenschutzgesetz drängt Sexarbeiter*innen
194 weiter in die Illegalität. Tatsächlicher Schutz braucht Rechte, freiwillige
195 Beratung und Selbstorganisation statt eines Gesetzes, das voll von
196 Kriminalisierung und Kontrolle ist.

197 Deshalb fordern wir:

- 198 1. Menschenhandel bekämpfen und Betroffene schützen: Zwang, Ausbeutung und
199 Menschenhandel müssen konsequent verfolgt und Betroffenen unabhängig von
200 einer Aussage vor Gericht Schutz, Beratung und ein Aufenthaltsrecht
201 gewährt werden. Selbstbestimmte Sexarbeit muss rechtlich klar davon
202 unterschieden werden.
- 203 2. Sexarbeit entkriminalisieren und entstigmatisieren: Das nordische Modell,
204 Sexkaufverbote und andere Formen der Kriminalisierung müssen verhindert
205 werden. Hamburg muss sich im Bundesrat für die Entkriminalisierung
206 einsetzen.
- 207 3. Sexarbeit als Arbeit anerkennen: Sexarbeiter*innen muss der Zugang zu
208 Arbeitsrechten, Sozialversicherung, Gewerkschaften und Beratungsstellen
209 gesichert werden. Selbstorganisation und Beratungsangebote in Hamburg
210 gehören gefördert.
- 211 4. Das Prostituiertenschutzgesetz reformieren: Das Gesetz muss unter
212 Beteiligung von Sexarbeiter*innen evaluiert und grundlegend überarbeitet,
213 Anmeldepflicht und Pflichtberatung abschafft und durch freiwillige,

niedrigschwellige Angebote ersetzt werden. Der Datenschutz gehört gestärkt, um Zwangsoutings zu verhindern.

5. Diskriminierung abbauen: Benachteiligung bei Gesundheitsversorgung, Wohnungssuche, Bankkonten und Sorgerecht muss bekämpft werden. Aufklärung gegen Sexarbeiter*innenfeindlichkeit muss gefördert und Behörden in Antidiskriminierung fortgebildet werden.

6. Mitbestimmung in Hamburg gewährleisten: Sexarbeiter*innen und ihre Organisationen müssen an allen sie betreffenden Gesetzen und Maßnahmen beteiligt werden, ausdrücklich auch am kommenden Landesantidiskriminierungsgesetz.

Selbstbestimmte Gesundheitsversorgung für trans*, nichtbinäre und agender Personen

Trans* sind Menschen, deren Geschlecht nicht oder nicht nur dem bei der Geburt zugewiesenen entspricht. Nichtbinär sind Menschen, die sich nicht oder nicht vollständig als Frau oder als Mann verstehen. Agender sind Menschen, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen. Alle drei Gruppen brauchen eine Gesundheitsversorgung, die sie ernst nimmt, ob mit oder ohne medizinische Transition.

Das seit dem 1. November 2024 geltende Selbstbestimmungsgesetz erleichtert die Änderung von Namen und Geschlechtseintrag, regelt aber nicht die medizinische Versorgung. Hier fehlen weiterhin Fachpersonal, zeitnahe Termine und Selbstbestimmung. Viele trans* Personen müssen Begutachtungen durchlaufen und Behandlungen gegenüber Krankenkassen und dem Medizinischen Dienst rechtfertigen. Diese Kontrolle durch Dritte ist ein Beispiel von Gatekeeping und macht den Zugang von der Einschätzung Dritter abhängig. Dem gegenüber steht das Prinzip der informierten Einwilligung (Informed Consent): Nach umfassender Aufklärung entscheidet die Person selbst. Jede Person kennt ihre Geschlechtsidentität selbst am besten. Dringend notwendige Gesundheitsversorgung darf nicht erst nach von - außen begutachteter - ausreichender Überzeugungsarbeit zugänglich werden!

Damit wenden wir uns gegen die Pathologisierung von Trans-sein, also die Einordnung als Krankheit. Die WHO (Weltgesundheitsorganisation) führt Geschlechtsinkongruenz in der ICD-11 nicht mehr unter psychischen Störungen, sondern im Bereich der sexuellen Gesundheit. Auch die Versorgung muss das widerspiegeln: Trans-Sein ist keine Krankheit. Medizinische Maßnahmen müssen sich an den Wünschen der Betroffenen orientieren, nicht an institutionellem Misstrauen. Dazu gehört auch reproduktive Selbstbestimmung: Menschen müssen selbst über ihre Fortpflanzungsfähigkeit entscheiden, Zugang zu gewünschter Reproduktionsmedizin erhalten und vor Sterilisationszwang geschützt sein.

Deshalb fordern wir:

1. Das Selbstbestimmungsgesetz konsequent umsetzen: Es muss sichergestellt werden, dass Gesundheitseinrichtungen selbstgewählte Namen und Geschlechtseinträge respektieren und diskriminierungsfreien Umgang gewährleisten, auch bei der Unterbringung in Kliniken, damit sich trans*;

nichtbinäre und agender Personen auch im Gesundheitssystem sicher fühlen können.

2. Selbstbestimmung sichern: Das Prinzip der informierten Einwilligung (Informed Consent) muss als Grundlage der Gesundheitsversorgung verankert werden. Fremdbegutachtungen, Zwangsberatungen, Pflichtpsychotherapien und Alltagstests dürfen keine Voraussetzung für medizinische Transition sein.

3. Transition als Kassenleistung gewährleisten: Medizinisch gewünschte Maßnahmen wie Hormone, Operationen, Epilation, Stimmtherapie und Fertilitätserhalt müssen von Krankenkassen verlässlich finanziert werden. Krankenkassen und Medizinischer Dienst müssen Anträge zügig und diskriminierungsfrei bearbeiten.

4. Reproduktive Selbstbestimmung gewährleisten: Zugang zur Reproduktionsmedizin muss gesichert werden und darf keinen Sterilisationszwang beinhalten. Trans*, nichtbinäre und agender Personen müssen selbst über ihre Fortpflanzungsfähigkeit entscheiden dürfen.

5. Die Gesundheitsversorgung trans* Jugendlicher sichern: Trans* Kindern und Jugendlichen muss zugehört und geglaubt werden! Den Zugang zu medizinischer Versorgung darf für trans* Jugendliche nicht pauschal einschränkt werden. Entscheidungen über Pubertätsblocker und Hormone gehören in die individuelle Beratung und Behandlung durch qualifizierte Fachleute, gemeinsam mit den Betroffenen und ihren Sorgeberechtigten. Sollten Eltern diese Beratung und Behandlung ablehnen, so dass das Wohl des Kindes in Gefahr ist, müssen Jugendschutzangebote greifen. Hamburg muss dafür sorgen, dass Konversionsbehandlungen konsequent verfolgt werden.

6. Versorgung wohnortnah ausbauen: Es muss ein flächendeckendes Netz trans*-inklusive Hausarztpraxen, endokrinologischer, chirurgischer und psychotherapeutischer Angebote sowie Peer-Beratung geschaffen und Wartezeiten deutlich verkürzt werden.

7. Fachpersonal qualifizieren: Gesundheit von trans*, nichtbinären und agender Personen muss verpflichtend in der medizinischen, psychologischen und pflegerischen Aus- und Weiterbildung verankert werden.

Inter*: Schluss mit Zwangsoperationen und Pathologisierung

Inter* bzw intergeschlechtlich sind Menschen mit Variationen der Geschlechtsmerkmale, also mit Chromosomen, Hormonen, Keimdrüsen oder Genitalien, die nicht in die medizinische Norm von „männlich“ oder „weiblich“ passen. Das ist eine natürliche Vielfalt von Körpern und keine Krankheit. Trotzdem wurden intergeschlechtliche Kinder über Jahrzehnte ohne eigene Einwilligung operiert, um sie an eine binäre Norm anzupassen. Viele leiden bis heute an den körperlichen und psychischen Folgen, und manche haben nie erfahren, was mit ihnen geschehen ist. Wir nennen das Zwangsoperationen, weil die Betroffenen nie gefragt und ihre Körper „korrigiert“ wurden.

300 Das 2021 beschlossene Verbot geschlechtsangleichender Operationen an Kindern mit
 301 Variationen der Geschlechtsmerkmale (§ 1631e BGB) war ein wichtiger Schritt. Es
 302 lässt aber Ausnahmen zu, die unter bestimmten Voraussetzungen durch elterliche
 303 Einwilligungen und familiengerichtliche Genehmigungen weiterhin Operationen
 304 ermöglichen. Das Verbot muss konsequent durchgesetzt werden und darf diese
 305 Ausnahmen nicht länger erlauben. Eingriffe dürfen erst erfolgen, wenn die
 306 betroffene Person selbst informiert einwilligen kann und den Eingriff
 307 tatsächlich durchführen lassen will.

308 Auch die Pathologisierung muss enden: Variationen der Geschlechtsmerkmale werden
 309 weiterhin häufig als Störung behandelt, die „behoben“ werden müsse. Das erzeugt
 310 Normierungsdruck auf Kinder, Eltern und medizinisches Personal.
 311 Gesundheitsversorgung muss sich an den Bedürfnissen und Rechten
 312 intergeschlechtlicher Menschen orientieren und nicht an binären Körpernormen!

313 Deshalb fordern wir:

- 314 1. Entpathologisierung durchsetzen: Variationen der Geschlechtsmerkmale
 315 müssen in Medizin, Diagnostik, Kostenerstattung und Aus- und Weiterbildung
 316 entpathologisiert werden. Dabei müssen Betroffene gehört und mit
 317 Selbstvertretungen zusammengearbeitet werden.
- 318 2. Zwangseingriffe verbieten: Medizinisch nicht notwendige Operationen und
 319 Behandlungen an Kindern, die nicht selbst einwilligen können, müssen
 320 ausnahmslos verboten und bestehende gesetzliche Ausnahmen gestrichen
 321 werden. Eingriffe dürfen erst erfolgen, wenn die betroffene Person selbst
 322 informiert einwilligen kann und will.
- 323 3. Unabhängige Beratung sichern: In Hamburg muss die kostenlose,
 324 ergebnisoffene Beratung für intergeschlechtliche Kinder und ihre Eltern
 325 Standard werden. Dabei müssen insbesondere Peer-Beratungen und
 326 Selbstvertretungsorganisationen ausgebaut werden.
- 327 4. Unrecht aufarbeiten und Betroffene entschädigen: Der Zugang zu
 328 Patientenakten muss durch ausreichende Aufbewahrungsfristen gesichert
 329 werden. Betroffenen muss kostenloser Zugang zu Therapie- und
 330 Unterstützungsangeboten gewährt und ein Entschädigungsfonds eingerichtet
 331 werden.
- 332 5. Kontrolle und Mitbestimmung stärken: Kliniken müssen zur Dokumentation und
 333 Meldung entsprechender Eingriffe verpflichtet, die Einhaltung kontrolliert
 334 und Selbstvertretungsorganisationen an Gesetzen und Leitlinien beteiligt
 335 werden.

336 Unsere Haltung und Umsetzung

337 Wir stehen an der Seite von FLINTA*s, von Arbeiter*innen, von Betroffenen und
 338 von Selbstorganisierten, gegen Bevormundung aller Art, gegen moralische
 339 Überhöhung und gegen die Einschränkung von Körpern durch Staat, Markt und
 340 Medizin. Unsere Utopie ist eine Gesellschaft, in der Reproduktion außerhalb
 341 kapitalistischer Logik stattfinden kann, in kollektiven Gesundheitszentren und
 342 Sorgegemeinschaften. Kinder wachsen darin von Anfang an selbstbestimmt auf und

343 niemand muss sich fragen, ob er sich Familie, Transition oder körperliche
344 Selbstbestimmung leisten kann.

345 Deshalb beschließen wir:

- 346 1. Die GRÜNE JUGEND Hamburg bringt diesen Antrag auf der Bundesebene der
347 GRÜNEN JUGEND ein.
- 348 2. Die GRÜNE JUGEND Hamburg bringt diese Forderungen in die Programmprozesse
349 der GRÜNEN Hamburg ein.
- 350 3. Die GRÜNE JUGEND Hamburg organisiert mit dem Geschlechterstrategieteam
351 innerhalb des Verbandsjahres mindestens eine Veranstaltung zu „My Body, my
352 choice“ und tragen die Forderungen in unsere Kampagnen- und
353 Bildungsarbeit.
- 354 4. Die GRÜNE JUGEND Hamburg arbeitet mit Betroffenenverbänden,
355 Selbstvertretungen, Beratungsstellen, Gewerkschaften und feministischen
356 Initiativen zusammen und stellt die Perspektiven betroffener Personen in
357 den Mittelpunkt.

Begründung

Antrag in einfacher Sprache.

Erstellt mit <https://barrierefreies.design/werkzeuge/ki-uebersetzer-in-leichte-sprache>

Titel: My Body, my Choice

Slogan und Geschichte

“My Body, my Choice” ist englisch.

Auf Deutsch heißt es: Mein Körper, meine Entscheidung.

Er steht für Selbstbestimmung über den Körper.

Frauen in Deutschland sagten früher: “Mein Bauch gehört mir”

Sie protestierten gegen ein Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch.

Der Slogan “My body, my choice” ist heute weltweit bekannt.

Reproduktive Selbstbestimmung

Reproduktive Selbstbestimmung heißt mehr als Schwangerschaft.

Auch manche trans Männer, nichtbinäre und inter Menschen können schwanger werden.

Sie bekommen oft unterschiedliche medizinische Hilfe.

Menschen mit Behinderung haben oft weniger Rechte.

Manche Menschen mit Behinderung werden gegen ihren Willen sterilisiert.

Sexarbeiter*innen haben Probleme.

Schwarze Menschen und People of Color erleben Rassismus im Gesundheitssystem.

Leih Schwangere sind oft finanziell abhängig.

Reproduktive Gerechtigkeit

Schwarze Feminist*innen haben das Konzept erfunden.

Es geht um das Recht, Kinder zu bekommen oder nicht.

Kinder sollen sicher und gut aufwachsen können.

Kimberlé Crenshaw erklärt Intersektionalität.
Intersektionalität heißt: Verschiedene Diskriminierungen hängen zusammen.
Zum Beispiel Rassismus, Sexismus und Behinderung.

Wir verstehen My Body, my Choice so.
Körperliche Selbstbestimmung ist mehr als Schwangerschaft.
Es ist die Selbstbestimmung jeder Person über den Körper.
Sie hängt von Diskriminierung und Hilfe ab.

Macht und Selbstbestimmung
Macht kommt vom Staat, Kapitalismus, Patriarchat, Medizin und Moral.
Diese Dinge beeinflussen die Selbstbestimmung.
Sie arbeiten zusammen und verstärken sich.

Der Staat bestimmt mit Gesetzen.
Der Staat macht Gesetze zu Schwangerschaft, Körper und Familie.

Das Patriarchat gibt cis endo Männern Privilegien.
Das Patriarchat diskriminiert Frauen und TINA*-Personen.
TINA* steht für trans*, inter*, nichtbinär und agender.
Patriarchale Normen geben Frauen Sorgearbeit.
Patriarchale Norm ist die heterosexuelle Kleinfamilie.

Kapitalismus nutzt unbezahlte Sorgearbeit.
Er macht Rechte oft vom Geld abhängig.

Medizin hilft, kann aber auch Körper kontrollieren.

Moral sagt, was richtig und falsch ist.
Sie sagt, wie Familie und Sexualität sein sollen.

Das alles führt zu Ausgrenzung und Zwang.

Diskriminierung
Diskriminierung trifft Menschen unterschiedlich.
Sie betrifft Geschlecht, Klasse, Behinderung und Rassismus.
Wir unterstützen alle Betroffenen.

Wir kämpfen gegen Bevormundung und Ausgrenzung.
Wir wollen eine Gesellschaft ohne Kapitalismus und ohne Patriarchat.

Zwischenüberschrift: Reproduktive Gerechtigkeit für alle

Reproduktive Rechte sind wichtig für alle Menschen.
Sie hängen aber oft vom Geld, Familienstand, Geschlecht, sexueller Orientierung und Behinderung ab.

Kinderwunsch und Geld
Gesetzliche Krankenkassen helfen verheirateten cis-hetero Paaren bei Kinderwunsch.
Queere Paare, alleinstehende Menschen und trans, inter, nichtbinäre und agender Personen bekommen wenig oder keine Hilfe.

Menschen mit Behinderung
Menschen mit Behinderung erleben oft Zwangssterilisationen.
Das heißt, sie dürfen keine Kinder bekommen, auch wenn sie das wollen.
Sie werden operiert, damit sie keine Kinder mehr bekommen können.

Schwangerschaftsabbruch und Gesetz

Schwangerschaftsabbrüche sind 2026 nicht als normale Gesundheitsleistung anerkannt.

Sie stehen im Strafgesetzbuch und sind nur unter bestimmten Bedingungen erlaubt.

Das Gesetz sagt, dass ein Verstoß vorliegt, außer bei Vergewaltigung oder Gefahr für Leben oder Gesundheit der Schwangeren.

Krankenkassen müssen die Kosten nicht bezahlen.

Die Betroffenen zahlen oft selbst.

Ungleichheit und Rechte

Diese Regeln bevorzugen die heteronormative Kleinfamilie.

Sie schränken die Rechte von anderen Menschen ein.

Reproduktive Rechte dürfen nicht vom Geld, Familienstand, Geschlecht, Liebe oder Behinderung abhängen.

Wir fordern wichtige Rechte für alle Menschen.

Forderungen der GRÜNE JUGEND Hamburg:

Kostenlose Verhütung

Verhütungsmittel sind für alle kostenlos.

Das gilt für alle Altersgruppen.

Niemand darf ausgeschlossen werden.

Gerechte Kinderwunsch-Behandlung

Alle Menschen bekommen Hilfe bei Kinderwunsch.

Die Krankenkassen zahlen die Kosten.

Das gilt für alle Menschen.

Egal wie sie leben oder wer sie sind.

Schutz vor Zwangs-Sterilisation

Zwangs-Sterilisation ist verboten.

Bekannte Fälle müssen aufgeklärt werden.

Menschen mit Behinderung bekommen Hilfe.

Sie leben selbstbestimmt und entscheiden selbst.

Schwangerschafts-Abbruch entkriminalisieren

Schwangerschafts-Abbruch ist kein Verbrechen.

Er gehört nicht ins Straf-Gesetzbuch.

Die Krankenkassen zahlen die Kosten.

Die Grünen im Bundestag und Bundesrat setzen sich dafür ein.

Sichere Versorgung bei Schwangerschafts-Abbruch

Schwangerschafts-Abbruch gehört zur medizinischen Ausbildung.

Es gibt mehr Orte für diese Hilfe.

Die Hilfe ist dann nah und gut erreichbar.

Auch öffentliche Kranken-Häuser müssen diese Hilfe anbieten.

Zwischenüberschrift: Schwangerschaft ist Arbeit

Reproduktions-Arbeit ist Arbeit für Kinder und Familie.

Sie umfasst Schwangerschaft, Geburt, Pflege, Haus-Arbeit und Fürsorge.

Diese Arbeit ist oft schlecht bezahlt oder gar nicht bezahlt.

Viele Frauen und Menschen, die keine cis endo Männer sind, machen diese Arbeit.

Viele migrantisierte Menschen machen diese Arbeit auch.

Schwangerschaft ist Arbeit
Schwangerschaft ist körperliche Arbeit.
Sie dauert rund um die Uhr.
Schwangere haben keine Pause oder Urlaub.
Schwangerschaft gilt oft als natürlich oder aus Liebe.
Deshalb sehen viele Menschen diese Arbeit nicht und bezahlen sie nicht.

Leihschwangerschaft erklärt
Leihschwangerschaft heißt: Eine Person trägt ein Kind für andere aus.
Es gibt zwei Arten von Leihschwangerschaften.
Bei der einen bekommt die Schwangere nur Geld für Kosten.
Bei der anderen bekommt die Schwangere Geld für die Arbeit.

Der Begriff Leihschwangerschaft zeigt die Arbeit.
Er sagt, dass Mutter sein nicht nur von der Biologie kommt.
Kinder brauchen Liebe und Sicherheit zum Aufwachsen.
Kinder brauchen Menschen, die sich um sie kümmern.
Kinder brauchen nicht immer ihre leiblichen Eltern.

Leihschwangerschaft in Deutschland
In Deutschland sind Leihschwangerschaften meist verboten.
Das Gesetz schützt Embryonen und regelt Elternschaft.
Das Spenden von Eizellen ist verboten.
Das Spenden von Samen ist erlaubt.
Das ist ungerecht und schränkt die Rechte von Menschen ein.

Das Gesetz bevorzugt Männer und die kleine Familie mit Mutter und Vater.
Die Diskussion über Leihschwangerschaften ist oft unfair.
Sie zeigt oft Angst vor Menschen, die anders leben.
Viele denken, Kinder aus Leihschwangerschaften leben bei zwei Vätern.
Das stimmt nicht. Meist leben diese Kinder bei Mutter und Vater.
Man sagt oft, Kinder werden gekauft.
Das ist falsch.
Kinder sind keine Sachen.
Es geht um Arbeit und Vereinbarungen.
Kinder haben immer Rechte und sind keine Eigentümer.

Probleme und Schutz
Leihschwangerschaften können Ausbeutung sein.
Schwangere können abhängig von Geld werden.
Ein Verbot nimmt Schwangeren Rechte und Schutz.
Reiche Menschen suchen dann Angebote im Ausland.

Man darf Schwangeren nicht vorschreiben, was gut für sie ist.
Man muss die Rechte und Wünsche der Schwangeren achten.
Man muss Schwangere unterstützen und schützen.
Man darf nicht von oben bestimmen, was gut ist.
Betroffene müssen selbst entscheiden und sich organisieren.

Forderungen der GRÜNE JUGEND Hamburg:

Eizell-Spende sollen erlaubt sein.
Das Verbot muss weg.
Die Grünen im Bundestag und Bundesrat sollen das unterstützen.
Auch die Grünen in Hamburg sollen im Bundesrat helfen.

Leih-Schwangerschaften sollen nicht verboten werden.
Es darf kein Verbot für Leih-Schwangerschaften im Ausland geben.
Agenturen und Kliniken müssen kontrolliert werden.
Die Rechte aller Menschen müssen geschützt sein.
Leih-Schwangere sollen Geld bekommen und mitreden dürfen.

Schwangere brauchen Schutz, weil es Arbeit ist.
Sie sollen fair bezahlt werden.
Sie brauchen Schutz bei Krankheit und Unfall.
Sie sollen eine Alters-Vorsorge haben.
Sie sollen mitbestimmen und sich selbst organisieren können.

Schwangere sollen selbst entscheiden dürfen.
Niemand darf ihnen sagen, ob sie die Schwangerschaft abbrechen oder fortsetzen.
Niemand darf ihnen sagen, welche medizinischen Eingriffe sie machen lassen.
Niemand darf ihnen sagen, wie sie leben.

Kinder und Familien sollen gleiche Rechte haben.
Das Gesetz zum Eltern-Sein muss neu gemacht werden.
Queere Familien sollen gleich behandelt werden.
Kinder aus Leih-Schwangerschaften sollen keine Nachteile haben.
Es soll neue Regeln für Familien geben, die nicht verheiratet sind oder nicht verwandt sind.
Es soll neue Regeln für Familien geben, die mehr als zwei Erwachsene haben.

Zwischenüberschrift: Sexarbeit ist Arbeit: gegen Stigma und Kriminalisierung

Recht auf Sexarbeit
Jeder Mensch darf selbst entscheiden, wie er Geld verdienen möchte.
Sexarbeit gegen Geld ist erlaubt.
Sexarbeit ist oft schlecht angesehen.
Man akzeptiert Sex nur aus Liebe.
Andere sprechen oft für oder über Sexarbeit und wollen sie retten.

Unterschiede
Es gibt selbstbestimmte Sexarbeit.
Es gibt Zwangsprostitution und Menschenhandel.
Zwang und Menschenhandel sind verboten.
Sie müssen bestraft werden.
Sexarbeit ist nicht gleich Zwangsprostitution.

Sexarbeit in Deutschland
Sexarbeit ist in Deutschland nicht verboten.
Sie ist aber nicht einfach erlaubt.
Gesetze schützt Sexarbeiter*innen nicht genug.
Viele Sexarbeiter*innen haben Angst vor Nachteilen.
Viele Sexarbeiter*innen haben Angst erleben Diskriminierung.

Diskriminierung von Sexarbeiter*innen
Sexarbeiter*innen erleben Diskriminierung.
Diskriminierung beruht auf Ungleichheit.
Sie hängt mit anderen Unterdrückungen zusammen.

Man sagt oft, es gibt eine mächtige Prostitutionsgruppe.
Das ist falsch und schadet den Sexarbeiter*innen.

Nordisches Modell

Das nordische Modell bestraft den Kauf von Sexarbeit.

Das macht die Arbeit gefährlicher.

Weltgesundheitsorganisation und Amnesty sagen: Sexarbeit soll nicht bestraft werden.

Das schützt die Rechte der Sexarbeiter*innen.

Prostituiertenschutzgesetz

Das Gesetz gibt es seit 2017 in Deutschland.

Viele Sexarbeiter*innen und Expert*innen sind dagegen.

Das Gesetz verlangt Anmeldung mit Klarnamen.

Das kann Nachteile bringen.

Viele Sexarbeiter*innen wollen sich nicht anmelden.

Das Gesetz macht Sexarbeit oft illegal.

Es schützt nicht wirklich.

Sexarbeiter*innen brauchen Rechte und freiwillige Hilfe.

Selbstorganisation ist wichtig.

Kriminalisierung und Kontrolle sind falsch.

Forderungen der GRÜNE JUGEND Hamburg:

Menschenhandel bekämpfen

Wir wollen Menschenhandel stoppen.

Wir schützen Betroffene ohne Aussage vor Gericht.

Betroffene bekommen Schutz, Beratung und Aufenthaltsrecht.

Selbstbestimmte Sexarbeit ist anders und bleibt erlaubt.

Sexarbeit entkriminalisieren und entstigmatisieren

Wir wollen Sexarbeit nicht bestrafen.

Sexkaufverbote und das nordische Modell lehnen wir ab.

Sexarbeit darf keine sozialen Folgen haben.

Hamburg soll im Bundesrat für Entkriminalisierung kämpfen.

Sexarbeit als Arbeit anerkennen

Sexarbeiter*innen bekommen Arbeitsrechte.

Sie bekommen Sozialversicherung und Gewerkschaften.

Beratungsstellen und Selbsthilfe in Hamburg sollen gefördert werden.

Gesetz zum Schutz von Sexarbeiter*innen reformieren

Das Gesetz soll mit Sexarbeiter*innen geprüft werden.

Anmeldepflicht und Pflichtberatung sollen wegfallen.

Freiwillige und einfache Angebote sollen kommen.

Der Datenschutz soll besser werden.

Zwangsausings sollen verhindert werden.

Diskriminierung von Sexarbeiter*innen abbauen

Benachteiligung bei Medizin, Wohnung, Bank und Sorgerecht soll weg.

Aufklärung gegen Hass auf Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen soll gefördert werden.

Behörden sollen lernen, nicht zu diskriminieren.

Mitbestimmung in Hamburg

Sexarbeiter*innen sollen mitreden.

Sie sollen bei allen Gesetzen mitarbeiten.
Das gilt auch für das neue Landes-Antidiskriminierungs-Gesetz.

Zwischenüberschrift: Selbstbestimmte Gesundheitsversorgung für trans*, nichtbinäre und agender Personen

Trans* Menschen haben ein anderes Geschlecht als bei der Geburt gesagt.
Nichtbinäre Menschen fühlen sich nicht als Mann oder Frau.
Agender Menschen fühlen sich ohne Geschlecht.
Alle brauchen gute Gesundheits-Versorgung.
Die Gesundheits-Versorgung muss sie ernst nehmen.

Gesetz zur Selbstbestimmung
Seit 1. November 2024 gibt es ein neues Gesetz.
Das Gesetz heißt Selbstbestimmungsgesetz.
Es macht die Namens-Änderung leichter.
Und es macht die Änderung des Geschlechts leichter.

Das Gesetz regelt nicht die medizinische Hilfe.
Es gibt zu wenig Fach-Personal und Termine.
Viele trans Menschen müssen sich prüfen lassen.
Sie müssen Behandlungen erklären.
Krankenkassen und Medizin-Dienst prüfen das.
Diese Kontrolle heißt Gatekeeping.
Das macht den Zugang schwer.
Die Person soll selbst entscheidet nach guter Aufklärung.
Das Prinzip heißt informierte Einwilligung.

Jede Person kennt ihr Geschlecht am besten.
Gesundheits-Versorgung darf nicht von anderen abhängen.
Sie darf nicht erst nach Prüfung kommen.

Keine Krankheit
Trans-Sein ist keine Krankheit.
Die Welt-Gesundheits-Organisation hat das geändert.
Sie zählt Geschlechts-Inkongruenz nicht mehr zu psychischen Krankheiten.
Sie zählt es zur sexuellen Gesundheit.

Die Gesundheits-Versorgung muss das zeigen.
Medizin muss die Wünsche der Menschen achten.
Sie darf nicht misstrauisch sein.
Sie brauchen Zugang zu Reproduktions-Medizin.
Menschen müssen selbst über ihre Fortpflanzung entscheiden.
Niemand darf zur Sterilisation gezwungen werden.

Forderungen der GRÜNE JUGEND Hamburg:

Selbstbestimmung im Gesundheits-System
Gesundheits-Einrichtungen müssen selbstgewählte Namen und Geschlecht respektieren.
Sie müssen alle Menschen gleich behandeln.
Das gilt auch für Kliniken.
So fühlen sich alle sicher.

Das Prinzip der informierten Einwilligung muss gelten.
Das heißt: Menschen entscheiden selbst über ihre Behandlung.
Zwangs-Beratungen und Pflicht-Therapien sind verboten.
Tests im Alltag dürfen keine Rolle spielen.

Finanzierung der Behandlung
Krankenkassen müssen Hormone, Operationen und andere Behandlungen bezahlen.
Das gilt auch für Haar-Entfernung, Stimm-Therapie und Fruchtbarkeits-Schutz.
Anträge müssen schnell und ohne Diskriminierung bearbeitet werden.

Reproduktions-Rechte
Alle Menschen dürfen selbst über ihre Fortpflanzung entscheiden.
Der Zugang zu Reproduktions-Medizin muss sicher sein.
Es darf keinen Zwang zur Sterilisation geben.

Gesundheits-Versorgung für Jugendliche
Trans* Kinder und Jugendliche müssen ernst genommen werden.
Sie brauchen Zugang zu medizinischer Hilfe.
Entscheidungen über Pubertäts-Blocker und Hormone sind individuell.
Fach-Leute beraten gemeinsam mit den Betroffenen und Eltern.
Wenn Eltern ablehnen und das Kind leidet, muss der Jugend-Schutz helfen.
Hamburg muss Konversions-Behandlungen verbieten und verfolgen.

Wohnort-Nahe Versorgung
Es muss viele Ärzt*innen geben, die trans* Menschen helfen.
Das gilt für Haus-Ärzt*innen, und Ärzt*innen in Chirurgie, Endokrinologie und Psychotherapie.
Peer-Beratung muss es auch geben.
Warte-Zeiten müssen kürzer werden.

Ausbildung von Fach-Personal
Das Wissen über trans*, nichtbinäre und agender Personen muss in Aus-Bildung sein.
Das gilt für Medizin, Psychologie und Pflege.

Zwischenüberschrift: Inter*: Schluss mit Zwangsoperationen und Pathologisierung

Intergeschlechtliche Menschen haben Körper, die nicht nur männlich oder weiblich sind.
Sie können andere Chromosomen, Hormone, Keimdrüsen oder Genitalien haben.
Das ist normal und keine Krankheit.

Früher wurden viele intergeschlechtliche Kinder operiert.
Die Kinder durften nicht selbst entscheiden.
Die Ärzt*innen wollten die Kinder an männlich oder weiblich anpassen.
Viele leiden heute an den Folgen dieser Operationen.
Manche wissen nicht, was mit ihrem Körper passiert ist.

Diese Operationen nennen wir Zwangsoperationen.
Die Betroffenen wurden nie gefragt.
Die Ärzt*innen haben die Körper verändert.

Gesetz gegen Zwangsoperationen
Im Jahr 2021 gab es ein Gesetz gegen diese Operationen bei Kindern.
Das Gesetz heißt Paragraph 1631e BGB.
Es verbietet Operationen ohne Einwilligung der Kinder.

Es gibt Ausnahmen im Gesetz.
Eltern können manchmal zustimmen.
Ein Gericht muss die Operation erlauben.
Das Gesetz muss besser eingehalten werden.
Operationen dürfen nur mit Einwilligung der betroffenen Person gemacht werden.
Die Person muss gut informiert sein.

Keine Krankheit und kein Druck
Intergeschlechtliche Körper sind keine Krankheit.
Sie müssen nicht verändert werden.
Viele Menschen behandeln diese Körper aber wie eine Störung.
Das erzeugt Druck bei Kindern, Eltern und Ärzt*innen.
Die Gesundheits-Versorgung muss sich an den Bedürfnissen der intergeschlechtlichen Menschen orientieren.
Sie darf nicht nur an männlich oder weiblich denken.

Forderungen der GRÜNE JUGEND Hamburg:

Entpathologisierung
Menschen mit verschiedenen Geschlechtsmerkmalen sind keine Kranken.
Das muss in der Medizin und Ausbildung klar sein.
Betroffene Menschen müssen gehört werden.
Sie arbeiten mit Selbstvertretungen zusammen.

Zwangseingriffe verbieten
Kinder dürfen keine unnötigen Operationen bekommen.
Diese Operationen sind verboten.
Nur wenn Kinder selbst zustimmen, darf operiert werden.

Unabhängige Beratung
In Hamburg gibt es kostenlose Beratung für Kinder und Eltern.
Diese Beratung soll ausgebaut werden.
Beratung von Betroffenen und Selbstvertretungen helfen dabei.

Unrecht aufarbeiten
Patientenakten müssen lange aufbewahrt werden.
Betroffene bekommen kostenlos Zugang zu Therapie und Hilfe.
Es gibt einen Fonds für Entschädigung.

Kontrolle und Mitbestimmung
Kliniken müssen Operationen melden und dokumentieren.
Die Einhaltung der Regeln wird kontrolliert.
Selbstvertretungen helfen bei Gesetzen und Regeln.

Zwischenüberschrift: Unsere Haltung und Umsetzung

Wir stehen an der Seite von FLINTA*s
FLINTA* bedeutet Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans* und agender Personen.
Wir stehen an der Seite von Arbeiter*innen.
Wir stehen an der Seite von Betroffenen und Selbstorganisierten.
Wir sind gegen Bevormundung, gegen moralische Überhöhung und gegen Einschränkung von Körpern.

Der Staat, der Markt und die Medizin dürfen Körper nicht einschränken.

Wir wollen eine Gesellschaft ohne Kapitalismus bei der Geburt und Pflege von Kindern.

Kinder wachsen selbstbestimmt auf.

Niemand soll sich fragen müssen, ob er Familie, Transition oder körperliche Selbstbestimmung bezahlen kann.

Wir beschließen als GRÜNE JUGEND Hamburg:

Die Grüne Jugend Hamburg bringt diesen Antrag auf Bundesebene der GRÜNE JUGEND ein.

Wir bringen die Forderungen in die Programme der Grünen Hamburg ein.

Wir machen mindestens eine Veranstaltung zum Thema "Mein Körper, meine Wahl".

Wir tragen die Forderungen in Kampagnen und Bildung.

Wir arbeiten mit Betroffenen, Selbstvertretungen, Beratungsstellen, Gewerkschaften und feministischen Gruppen zusammen.

V5 Wer an Bildung spart, zahlt morgen die Rechnung

Antragsteller*in: Eddie Arriaga Flores ((KV Hamburg-Harburg), Lea Bender (KV Hamburg-Mitte), Maximilian Alsen (KV Hamburg-Eimsbüttel), Amelie Basil (KV Hamburg-Eimsbüttel))

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Nach der Einführung der Regelanfrage wird massiv im Bildungsbereich gespart:
- 2 Kürzungen beim Ganzttag an Grundschulen, in der offenen Kinder- und Jugendarbeit,
- 3 bei Schulbegleitungen, Einstellungsstopps und weitreichende Einschnitte an
- 4 Universitäten.
- 5 Nur eine gut ausgestattete Bildung ermöglicht gesellschaftliche Transformation.
- 6 Sowohl durch früh gefördertes Vertrauen in Zusammenleben und Demokratie als auch
- 7 durch Zeit für individuelle Förderung.
- 8 Deshalb fordern wir:
- 9
 - Der Senat und die Bürgerschaft sollen sich gegen Kürzungen an Schulen und
 - 10 Universitäten aussprechen und die entsprechenden Finanzmittel einplanen!
 - 11
 - Der Einstellungsstopp an Schulen soll aufgehoben und die Finanzierung der
 - 12 Schulbegleitungen sichergestellt werden!
 - 13
 - Kein*e Student*in soll zu Beginn des Studiums zweifeln, ob der Studiengang
 - 14 bis zum Ende angeboten wird. Studiengänge sollen weiterhin uneingeschränkt
 - 15 angeboten werden!
 - 16
 - Die prekären Beschäftigungsbedingungen müssen beendet werden – Lehrkräfte
 - 17 und studentische Beschäftigte brauchen Sicherheit!
 - 18
 - staatliche Repressionen gegen Schüler*innen und Student*innen, die sich
 - 19 gegen Kürzungen wenden, müssen umgehend aufhören. In Hamburg, in Europa
 - 20 und weltweit!
- 21 Bildung ist eine Frage nach Klassen, Gerechtigkeit und Inklusion. Und vor allem
- 22 eine Frage danach, in welcher Zukunft wir leben wollen. Keine Gerechtigkeit ohne
- 23 Bildungsgerechtigkeit!

Begründung

Die aktuellen Einsparungen im Hamburger Bildungsbereich sind kein einzigartiges Phänomen, sondern fügen sich in eine besorgniserregende Entwicklung ein, die deutschland- und europaweit zu beobachten ist.

Sowohl auf Bundesebene als auch in deutschen Nachbarstaaten wie Frankreich gehen derzeit zehntausende junge Menschen, Studierende, Lehrkräfte und Beschäftigte auf die Straße, um sich gegen die systematische Unterfinanzierung öffentlicher Bildung zu wehren. Die Proteste der Hamburger Hochschulen sowie die breite gesellschaftliche Mobilisierung gegen die Einschnitte bei der Schulbegleitung und den personellen Kapazitäten an den Schulen zeigen deutlich, dass der Widerstand von Sorge um Chancengleichheit und demokratische Teilhabe getragen ist.

Als GRÜNE JUGEND Hamburg solidarisieren wir uns mit allen Protesten und Bewegungen, die sich lokal, national und international gegen Kürzungspolitik im Bildungsbereich einsetzen und für eine ausfinanzierte sowie inklusionsgerechte Ausstattung öffentlicher Bildungseinrichtungen kämpfen.

Kurzfristige Haushaltsentlastungen gehen an echte Nachhaltigkeit vorbei: Jeder Euro, der in Bildung investiert wird, ist eine Investition in eine gesunde Zukunft. Die vermeintliche wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Kürzungen ist nicht nur schwachsichtig, sondern fordert den Rechtsruck. Soziale Politik muss sich gegen den Abbau des Sozialstaats wehren!

V6 Hamburg bleibt jedeorts stabil!

Gremium: KV Hamburg-Harburg
Beschlussdatum: 24.10.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Die Streichungen auf Bundesebene treffen Einwohner*innen vor Ort. Vor allem
- 2 dort, wo wichtige Infrastruktur und Services nie vorhanden waren.
- 3 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert:
- 4 • ausreichende finanzielle Mittel für die Bezirke, insbesondere für die
- 5 Randgebiete
- 6 • Förderung dezentraler Infrastruktur und Versorgung, unter anderem
- 7 Bibliotheken, Krankenhäuser und Abfallentsorgungsanlagen
- 8 • die Festlegung des Klimaschutzes als Aufgabe des Bundes und die
- 9 entsprechende Mittel, um unsere Stadt gegen den Klimawandel anzupassen
- 10 Unsere Stadtteile brauchen Stabilität, ohne Wenn und Aber!

Begründung

Die Bereiche Verwaltung, Soziales und Klimaanpassung belasten die Hamburger Bezirke und weitere Kommunen in Deutschland. Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen können die einzelnen Bezirke diese Aufgaben kaum noch stemmen.

Als Reaktion auf die Haushaltskürzungen der Bundesregierung streicht der rot-grüne Senat wesentliche Angebote in den Bezirken: Unterstützung für Geflüchtete und queere Personen sowie mehrsprachige Sozialberatung verschwinden ohne Vorwarnung. Entlegene Stadtteilen sind hart betroffen: zahlreichen Schließungen von Krankenhäusern, Kultureinrichtungen und neue Naturflächen.

Damit ist jetzt Schluss! Einzelpersonen und Familien dürfen nicht länger von solchen Verschlechterungen betroffen sein. Hamburg bleibt stabil!